

# GLEICHE ARBEIT GLEICHES GELD

Eine Kampagne der IG Metall



Bezirk  
Nordrhein-Westfalen  
Februar 2009

## BZA LEHNT TARIFERHÖHUNG AB

# Leiharbeiter sollen draufzahlen!

Jetzt lassen die Arbeitgeber des Bundesverbandes Zeitarbeit (BZA) ihre Maske fallen.

Lange waren sie um ein positives Image bemüht – sie schmückten sich damit, Tarifverträge mit den DGB-Gewerkschaften abzuschließen. Das war seriös – und ist jetzt vorbei. Der BZA nutzt die Krise schamlos aus, um sich an den Beschäftigten zu bereichern!

Der aktuelle Entgelttarifvertrag ist Ende 2008 ausgelaufen. Im November boten die Arbeitgeber eine Tarifierhöhung in drei Stufen zwischen 0,8 und 2,9 Prozent an – auf der Basis der Tabellen von 2006! Dieses Angebot war schon eine Zumutung, die DGB-Gewerkschaften forderten ein besseres.

Doch was tat der BZA? Statt sein Angebot nachzubessern, ersetzte er es im Januar durch ein noch schlechteres! Die Entgelte sollen in 2009 und 2010 nur um je ein Prozent steigen. Das ist angesichts der zu erwartenden Inflationsrate ein Minusangebot!

Damit nicht genug. Der BZA denkt sogar über eine Entgeltabsenkung auf 6,53 Euro nach. Und zwar für den Fall, das der gesetzliche Mindestlohn, den die Bundesregierung plant, dem Ni-

veau des sogenannten Christen-Tarifvertrags entspricht.

Jahrelang haben die Verleiher Gewinne gescheffelt, die Leiharbeit boomte bis 2008. Trotzdem

gab's 2008 null Erhöhung. Jetzt ist Krise. Da soll's erst recht nichts geben. Schlimmer noch: Da will man den Beschäftigten sogar tief in die Tasche greifen.

Obwohl sie ein hohes Beschäftigungsrisiko tragen: Allein in der Metallindustrie NRW sind bereits 15 000 Leiharbeiter entlassen worden.



## Will der BZA überhaupt verhandeln?

Tarifverträge soll es nach Auffassung des BZA nur geben, wenn sie den Verleihfirmen nützen. Ein angemessenes Einkommen für diejenigen, die die Gewinne erarbeiten, also die Leiharbeitnehmer? Kein Interesse! So geht das schon lange.

► Verhandlungsverpflichtungen aus dem Tarifvertrag von 2004 werden nicht eingehalten. Verhandelt werden sollte **ERSTENS** über einen Branchenzuschlag (um die Einkommen der Leiharbeiter dem Tariflohn im Kundenbetrieb anzunähern)

**ZWEITENS** über eine neue Zeitkontenregelung (um sowohl die Plus- als auch die Minusstunden zu begrenzen)

► Außerdem behält der BZA seine rechtswidrige Praxis bei, wonach die Verleihfirmen vom Verpflegungskosten-Mehraufwand keine Sozialabgaben zahlen. Das ist Sozialversicherungsbetrug!

**Das wird die IG Metall NRW nicht zulassen und eventuell mit dem Mittel des Strafrechts gegen diese Firmen vorgehen.**

## Jetzt heißt es, Widerstand zu organisieren

- ▶ in den Kundenbetrieben
- ▶ unter den Beschäftigten in der Leiharbeit
- ▶ und in der Öffentlichkeit.

## Alleine machen sie Dich ein

Daher ist es wichtig, sich zu organisieren. Nur in einer starken Gemeinschaft können wir gemeinsam bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durchsetzen.

Auf die Politik können wir nicht vertrauen. Das beweist das Berliner Kasperletheater zum Thema Mindestlohn in der Leiharbeit: Die CDU/CSU will Lohnuntergrenzen auf der Basis der sogenannten Christen-Tarifverträge festschreiben. Das ist Lohndrückerei. Leiharbeiter brauchen existenzsichernde Einkommen. Das ist christlich!

## Daher jetzt Mitglied werden!



**Ich bin dabei!**

## BEITRITTSERKLÄRUNG



Frau  Herr

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Straße, Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Arbeiter  Angestellter

Leiharbeitsfirma \_\_\_\_\_

**Kundenbetrieb** \_\_\_\_\_

monatl. Bruttoeinkommen \_\_\_\_\_

Bank \_\_\_\_\_

Konto, BLZ \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Handy \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

angesprochen durch \_\_\_\_\_

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 Prozent des Bruttoverdienstes bei Fälligkeit von meinem Girokonto einzuziehen. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Dieser Antrag kann schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden.

Ort, Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Ausgefüllte Beitrittserklärung schicken oder faxen an:  
**Christian Iwanowski, Sonnenstraße 10, 40227 Düsseldorf**  
Fax 0211/45484-155